

Boom Town Hamburg - Ich muss kotzen  
Abrechnung von und mit Don Mudra  
**Juni 2006**

Im Mai 2006 brachte der „STERN“ eine Titelstory mit dem Titel:  
Boom town Hamburg.

Die Story war aufbereitet wie eine Werbung der „Hamburg Marketing GmbH. Die Aufgaben der „Hamburg Marketing GmbH“ sind folgende:

**1. Entwicklung eines Vermarktungsansatzes zur Stärkung der Wahrnehmung des Kulturstandortes Hamburg sowie die Planung und Umsetzung von Kampagnen und Maßnahmen .**

**2. Kulturmarketing Hamburg**

**Die Vermarktung des Kulturstandortes mit seiner Vielfalt an Angeboten von hohem Niveau innerhalb der Metropolregion Hamburg (Binnenmarketing) und national.**

**Die internationale Vermarktung als Musikmetropole.**

Über diesen „Sternartikel“ braucht nicht weiter geredet werden aber ich möchte doch einige Bemerkungen zur Hamburger Politik und zur Hamburger Stadtentwicklung machen.

Folgende vier Punkte sollen dies klar machen:

1. Hafencity
2. Privatisierung von Volkseigentum
3. Politik der Umschichtung

Die Hafencity ist ein geplantes Stadtviertel am Nordrand des Hamburger Hafens. Das 155 Ha große Gelände soll neben Büroflächen für mehr als 40.000 Arbeitsplätze, die zu einen Teil schon fertiggestellt sind auch Wohnraum für 12.000 Einwohner in 5.500 Wohnungen bieten und ist damit das größte laufende Vorhaben zur Stadtentwicklung.

Im Jahr 2008 soll die Hafencity formell ein eigener Stadtteil werden.

Im westlichen Bereich der Hafencity hat der Bau von Wohnungen schon begonnen aber je weiter man östlich geht, wird die Planung immer vager weil hier vielleicht 2016 Sportstätten und das olympische Dorf entstehen sollen.

Auf dem heutigen Kai Speicher A, einem ehemaligen Kakao Speicher soll die sogenannte Elbphilharmonie entstehen.

Der Kai Speicher B wird zum Internationalen Maritim Museum umgebaut.

Zur bestehenden Anbindung an den Nahverkehr mit einer Buslinie ist der Bau einer neuen U-Bahn geplant.

Die Fertigstellung der Hafencity ist für 2020 geplant.

Kritik an der Hafencity:

Die Hafencity drängt die Hamburger Innenstadt, die City Nord oder die City Süd in die Rezession.

Diese drei Stadtteile stecken in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Hafencity wird diese Probleme nicht lösen.

Weiter soll der Verkauf der Stadteigenen Grundstücke in der Hafencity dem Finanzschwachen Hamburg 460 Millionen einbringen. Damit soll der Containerhafen in Altenwerder finanziert werden.

Die Querfinanzierung mit Altenwerder belastet das Projekt erheblich, da große Geldmengen aus den Verkäufen gezogen werden müssen.

Der Hamburger Markt für Büroflächen wird sich in den nächsten 7 Jahren nicht erholen.

Aus diesen Gründen wird es sehr unwahrscheinlich sein, 800 000 bis 900 000 der 1,6 Millionen Quadratmeter Bruttogeschossfläche in der Hafencity zu vermieten.

Der Versuch durch Preissenkungen neue Investoren zu Gewinnen brachte keinen Erfolg. Die Investoren halten sich zurück wegen hoher Grundstückspreise, teurem Hochwasserschutz, fehlenden Bebauungsplänen und restriktiver Bankenpolitik bei Kreditvergaben.

Weitere Risiken sind in der Größe und der Komplexität, sowie dem langen Zeitraum von 20-30 Jahren bis zur Fertigstellung zu sehen.

Der große Vermarktungsdruck führt dazu, das überwiegend Bürobauten entstünden und der typische Hafencity - Bewohner ist eher der Besserverdienende.

Des weiteren liegt die Fläche der Hafencity im Überflutungsgebiet der Elbe. Teile der Flächen müssen auf 7,50 Meter über normal Null erhöht werden.

Privatisierung:

Die Finanzbehörde sitzt in einen Backsteinbau des Architekten Fritz Schumacher. Die Stadt Hamburg hat diesen Bau und 38 weitere an einen französischen Immobilien Fond verkauft. Die Stadt muss nun Miete für das Gebäude zahlen.

Das Verkaufen von öffentlichen Eigentum hat unter der CDU Regierung neue Rekordmarken erreicht: Von 2002-2005 "erlöste" der Senat auf diese Weise ca. 3,2 Milliarden Euro.

Trotzdem stieg die Schuldenlast in den vergangenen fünf Jahren von 20 auf 25 Milliarden Euro.

Zur Pflege des "selbständigen Unternehmertums" gehört auch das Abwälzen der Privatisierungsfolgen auf die Steuerzahler. Mittelfristig müssen diese Altlasten aus Versorgungsverpflichtungen vom Steuerzahler übernommen werden. Bisher sind diese Ausgaben nicht im Haushalt berücksichtigt. Die Hamburger BürgerInnen werden ca. 100 Millionen Euro jährlich dafür aufbringen müssen.

Das nächste Objekt der Privatisierung sind die zwölf Hamburger Alten- und Pflegeheimen mit 2800 Bewohnern und 1600 Beschäftigten.

Politik der Umschichtung:  
Der Haupthebel der Politik des CDU - Senats zur Bekämpfung der schwierigen Haushaltslage ist eine massive Sparpolitik.

Das Ziel ist ein dauerhafter Ausgleich des Betriebshaushaltes, Rückführung der Verschuldung und Ausweitung der Investitionen für die "wachsende Stadt". Die "wachsende Stadt" soll finanziert werden durch die weiteren Umschichtungen von konsumtiven Mitteln (Sozialausgaben, Weiterbildung, usw.) in "Zukunftsbereiche".

Die Politik der Umschichtung von der Arbeitsmarkt-Sozial-Bildungs- und Kulturpolitik zugunsten von Leuchtturmprojekten wird in den nächsten Jahren immer mehr.

Für den Zeitraum 2005 - 2010 wurde ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von insgesamt einer Milliarden Euro aufgelegt, für das erneut öffentliches Vermögen in Höhe von 300 Millionen Euro verkauft werden wird.

Mit diesem Sonderprogramm sollen "Investitionsprojekte mit Leuchtturm Funktion und internationaler Ausstrahlung für die wachsende Stadt" gefördert werden.

Die geplanten "Leuchtturm Projekte" sind:

- \* Internationale Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg und auf der Veddel.
  - \* Bau einer der modernsten deutschen Leichtathletikhallen
  - \* Marinesammlung Tamm
  - \* Internationale Bau Ausstellung im Jahr 2013
  - \* Elbphilharmonie
- und die Hafencity

Der Hamburger Senat verfolgt mit seiner Schwerpunktsetzung von Hafencity, Elbphilharmonie, Gartenbauausstellung, Sprung über die Elbe, Bewerbung für Olympia 2016 und Innenstadtmodernisierung eine Politik der Konzentration auf Großprojekte, die eigentlich nur die kulturellen Interessen der sozial gehobeneren Schichten bedient.

Die Umschichtung und Konzentration der öffentlichen Investitionen auf diese Projekte bei gleichzeitigem Kahlschlag in der Sozial- und Bildungspolitik sowie im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge wird die Spaltung in der Stadt fördern.

Schließung von Bücherhallen, Hallenbädern, Schulen und und und..:  
kein Grund zum Aufregen. Der Verkauf städtischer Besitztümer an  
private Investoren: Wen interessiert das schon. Boom Town Hamburg,  
nur keine schlechte Laune verbreiten. Bezahlen müssen die anderen!!